

## Gewerkschaftliche Forderungen zu Freihandelsabkommen:



- Verhandlungsdokumente von TTIP müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
  - Keine privilegierten Klagerechte für Konzerne. Nein zu ISDS!
  - Standards für ArbeitnehmerInnen-, KonsumentInnen- sowie Umweltschutz und Sozialpolitik dürfen durch TTIP nicht gesenkt und deren Ausweitung nicht eingeschränkt werden.
  - International anerkannte Arbeitsstandards und Umweltabkommen auf höchst möglichem Niveau müssen in Handelsabkommen verbindlich verankert werden und einklagbar sein.
  - Keine automatische gegenseitige Anerkennung von Standards. Gegenseitiges Anerkennen kann massive Folgen auf Absatzmärkte haben und ermöglicht auch, dass Unternehmen einfach die für sie günstigeren »Standards und Normen« auswählen.
- 
- Nein zur Einrichtung gesonderter transnationaler Behörden, in der alle künftigen Regulierungen auf den Prüfstand kommen sollen.
  - Kein Lohn- und Sozialdumping: das Arbeits- und Sozialrecht sowie kollektivvertragliche Bestimmungen dürfen durch TTIP keinesfalls ausgehöhlt werden.
  - Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen wie etwa Bildung, Gesundheit, soziale Dienste und Wasserversorgung müssen von TTIP ausgenommen werden. Das öffentliche Vergabewesen darf nicht durch TTIP liberalisiert und dereguliert werden.
  - Die Bedeutung des Abkommens für den europäischen Binnenmarkt und den europäischen Arbeitsmarkt muss eingehend und detailliert untersucht werden, da die bisherigen Studien vor allem die Entwicklungen am Arbeitsmarkt unzureichend beleuchten.